

## **EMSE-Netzwerk Tagung 16. Dezember 2016, DIPF Frankfurt/M**

### **Diskussionsgruppe über Möglichkeiten und Grenzen der Politik- und Praxisberatung auf Basis der PISA Studie**

#### **2. Thema : Bildung und Migration – Stillstand oder Veränderung?**

---

Diskussionsbeitrag

von

Dr. Frida Bordon, ehemalige Leiterin des Staatlichen Schulamtes für den Landkreis Bergstraße und den Odenwaldkreis, HLP Bildungsmanagement Frankfurt/M

Die Möglichkeiten und Grenzen der Politik- und Praxisberatung auf Basis der PISA-Studie werden wesentlich bestimmt von den Möglichkeiten und Grenzen des Designs der PISA-Studie.

Dieses Design der PISA-Studie unterliegt bekannten Restriktionen, die eine Aussage über langfristige Veränderungen/Entwicklungen ermöglichen sollen. Die Komplexität multipler Wechselwirkungen und Kontexteinflüssen kann dabei nicht hinreichend erfasst werden.

Die unaufgeregte Wahrnehmung der veröffentlichten Befunde der PISA-Studie 2015 zeigt den Gewöhnungseffekt und auch das Wissen um die eingeschränkte Aussagekraft. Ihr Anregungspotential für den bildungspolitischen Diskurs sollte allerdings voll genutzt werden.

Die EMSE Tagung am 15. Und 16. Dezember 2016 bietet den Expertengruppen aus Forschung und Praxis gute Gelegenheit, Relevanz und „Halbwertzeit“ der Befunde auszuleuchten und Möglichkeiten und Grenzen der Relationierung vom empirischer Schul- und Unterrichtsforschung und Praxis zu erörtern sowie Ansätze der Politikberatung zu reflektieren.

Die von Dominique Rauch, DIPF Frankfurt/M vorgelegten Befunde der PISA-Studie 2015 zum Thema Bildung und Migration beleuchten das Feld zuwanderungsbezogener Disparitäten mit Fokus auf den erreichten Stand naturwissenschaftlicher Kompetenzen bei 15jährigen Jugendlichen in Deutschland.

Die identifizierten Defizite wirken sich, so Rauch, negativ auf Ausbildungs- und Berufsfähigkeit und somit möglicher Verbesserung des sozioökonomischen Status aus. Zirka ein Drittel der in der PISA-Studie untersuchten Schülerschaft in Deutschland hat einen Zuwanderungshintergrund. Dabei sind die 2015 zugewanderten SuS noch nicht eingerechnet. Generell ist eine wachsende Heterogenität der Herkunftsländer festzustellen.

Aufgrund der festgestellten tendenziell zunehmenden Disparität bei Jugendlichen mit und ohne Zuwanderungshintergrund im naturwissenschaftlichen Kompetenzbereich leitet Rauch (2016) Handlungsbedarfe für die Bildungspolitik ab.

Frühe individuelle Förderung, frühe systematische Sprachkontakte und eine Ausrichtung der Unterrichtssprache an SuS mit Deutsch als Zweitsprache werden in diesem Kontext genannt.

Der Abbau der festgestellten starken Segregation durch eine „stärkere Durchmischung“ der Schülerschaft könnte nach Rauch „zu einem besseren Lernen für alle“ führen. In diesem Zusammenhang gewinnt die Tatsache, dass Gymnasien die geringste „Durchmischung“ aufweisen, eine gesonderte Bewertung.

Rauch belegt, dass der Zusammenhang zwischen Stratifikation und erreichtes Kompetenzniveau in den naturwissenschaftlichen Fächern für Kinder mit Zuwanderungshintergrund besonders signifikant ist.

Dabei profitieren Kinder, deren Eltern über eine geringe formale Bildung verfügen, „eher von Systemen mit einer mittleren Stratifizierung, während solche, deren Eltern über eine hohe formale Bildung verfügen, in stratifizierten Systemen schlechter abschneiden.

Rauch liefert keine Erklärungen für die Stagnation (gegenüber 2006) des Leistungsstandes der SuS mit der Herkunftssprache Deutsch in den Naturwissenschaften sowie für den geringen Anteil an Spitzenleistungen. Die Qualität des naturwissenschaftlichen Unterrichts (z.B. forschend-entdeckend; lehrerzentriert) findet ebenfalls keine Beleuchtung.

### **Im Sinne eines Dialogs in „kooperativer Distanz“ einige Thesen aus Sicht der „Praxisexpertin“:**

1. Aussagen über die Effektivität des naturwissenschaftlichen Unterrichts sind im PISA-Design nur bedingt möglich. Abgeleitete Schlussfolgerungen bzgl der Wirkung von bestimmten Unterrichtsformen sind deswegen nicht zulässig.
2. Die Tatsache, dass die naturwissenschaftlichen Fächer seit 2006 auf Grund des Fachlehrermangels zunehmend fachfremd oder von Quereinsteigern ohne pädagogische Ausbildung abgedeckt werden, sollte bei der Erklärung der Disparität bei SuS mit Zuwanderungshintergrund und des Stillstandes bei SuS mit der Herkunftssprache Deutsch genauer beleuchtet werden. Das PISA-Design liefert dazu keine Erkenntnisse.
3. Eine pädagogische Sensibilisierung und Qualifizierung für Sprachförderung *in allen Fächern* oder gar Orientierung der Unterrichtssprache an SuS mit Deutsch als Zweitsprache ist nur ansatzweise im Fokus der Lehrerausbildung und -fortbildung. Da für ca. ein Drittel der Schülerschaft Deutsch Zweitsprache ist, sollten entsprechende Fortbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für die Lehrkräfte verankert werden.
4. Sowohl die wachsende Heterogenität der Herkunftsländer der SuS wie auch die Dominanz bestimmter Herkunftsländer und deren Auswirkung auf schulische Lernprozesse bedarf der gesonderten wissenschaftlichen Betrachtung und einer differenzierten bildungspolitischen Strategie.
5. Analyse auf Grundlage des Angebots-Nutzungs-Modell: Nicht nur der sozioökonomische Status, auch die Einstellung der Herkunftsfamilien zum deutschen Bildungsangebot, Schulwesen und zum Werte- und

Gesellschaftssystem bestimmt den Schulerfolg. Dabei ist auch der Grad des gesellschaftlichen Konsens bzgl. Integrationsziele und –methoden relevant.

6. Die vorliegenden Forschungsergebnisse bestätigen die Notwendigkeit von Strategien der zentralen Bildungssteuerung und regionalen Bildungsplanung im Sinne einer gemeinsamen Verantwortung aller institutionellen Ebenen für die erfolgreiche Bildungsbiografie der Kinder und Jugendlichen mit Zuwanderungshintergrund (ca. ein Drittel der gesamten Schülerschaft in Deutschland). Es geht dabei nicht in erster Linie um institutionelle Reformen, vielmehr um gewollte gemeinsame Verantwortung für Integration auf Basis der bestehenden Kompetenz und Verantwortung im regionalen Kontext.
7. Die gemeinsame Verantwortung für die Schaffung einer Bildungsregion, in der Disparitäten gezielt abgebaut werden und Bildungsgerechtigkeit Leitziel der regionalen Entwicklung wird, bedarf des Dialogs aller Akteure und einer entsprechenden Übereinkunft, die weitere Gouvernance-Maßnahmen bestimmt. Empirische Befunde tragen zur Versachlichung und Zielfindung bei, wenn sie für die regionale Planung genutzt werden können und der Wirksamkeitskontrolle dienen. Bildungsforschung als integrativer Bestandteil regionaler Entwicklung ist in diesem Sinne weiterzuentwickeln.
8. Begünstigende Rahmenbedingungen: Die Steuerungsarchitektur im Bildungsbereich ermöglicht regionale Schulentwicklung und setzt auf die Multiprofessionalität der Staatlichen Schulämter beim Transfer wissenschaftlicher Ergebnisse in die Praxis. Diese Aufgabe wird im Leistungskatalog der regionalen Schulämter verankert, mit entsprechenden personellen Ressourcen ausgestattet und Teil des Qualifizierungsprofils der Akteure.
9. Wünschenswert: Wissenschaftliche Erforschung der Gelingensbedingungen für die nachhaltige Gestaltung von Bildungsregionen und umfassender Dialog der verantwortlichen Akteure bei der kritischen Sicht der Befunde.
10. Wünschenswert: Entwicklung einer Beratungstheorie für den optimalen Transfer wissenschaftlicher Erkenntnisse in den Praxisbereich und Institutionalisierung des Dialogs auf der Basis kritischer Distanz.